

Dominikanerpater Odilo Braun (1899–1981) im Widerstand gegen die NS-Diktatur¹

Von Antonia Leugers

1. Einleitung

„Jedes Jahr, wenn der Kalender uns zeigt, daß wir uns dem 20. Juli nähern, dann gibt es gerade in unserem Kreis nicht wenige, die mit innerer Unruhe, ja sogar mit Angst, diesem 20. Juli entgegensehen. Da werden alte Wunden aufgerissen“. Als der Dominikanerpater Odilo Braun² am 20. Juli 1981 in der Gedenkstätte Plötzensee mit diesen Worten seine Predigt begann, ahnte niemand, daß der 81-Jährige zum letzten Mal den Gedenkgottesdienst feierte. Kaum drei Wochen später starb er im Braunschweiger St. Vinzenz-Krankenhaus.

Schon lange hatte man ihn bedrängt, seine Erlebnisse während der NS-Zeit aufzuschreiben. Doch Braun scheute sich, alte Wunden aufzureißen. Nur im Kreis der „verehrten, lieben Freunde“, wie er die Überlebenden des 20. Juli 1944 und die Angehörigen der Opfer vertrauensvoll nannte, mochte er sich der Erinnerung stellen. Erst die historische Forschung nahm sich inzwischen der Aktivitäten des Paters an, der Verbindungen zum Widerstand hatte und nach dem Attentat des 20. Juli verhaftet wurde. Der Widerstand des Dominikaners richtete sich gegen das NS-Regime, sein Einsatz galt den Opfern – und seine Kritik betraf die katholischen Bischöfe. Die Geschichte

¹ Der Vortrag wurde in der "Brücke", Kulturinstitut Braunschweig, am 18. November 1999 gehalten.

² Zu Leben und Werk Odilo Brauns vgl. Antonia Leugers, *Gegen eine Mauer bischöflichen Schweigens. Der Ausschuß für Ordensangelegenheiten und seine Widerstandskonzeption 1941 bis 1945*, Frankfurt a.M. 1996; Dies., *Georg Angermaier 1913–1945. Katholischer Jurist zwischen nationalsozialistischem Regime und Kirche. Lebensbild und Tagebücher*, Mainz 1994, 2. Aufl. Frankfurt a.M. 1997; Dies., *Interessenpolitik und Solidarität. 100 Jahre Superioren-Konferenz – Vereinigung Deutscher Ordensobern*, Frankfurt a.M. 1999.

des couragierten Paters liefert damit einen authentischen Beitrag zur Frage von Widerstand oder Versagen der katholischen Kirche während der nationalsozialistischen Diktatur.

2. Schulzeit, Studium, pastoraler Dienst

Als ich Josef Bauer, den Schulfreund Brauns, vor Jahren befragte, ob er sich an eine für den Danziger Gymnasiasten Leo Braun typische Episode erinnere, erzählte er die Geschichte mit der Schulspeisung. Braun war aufgefallen, daß sich einer der Lehrer, der die Suppenspeisung zu überwachen hatte, zuerst bediente. Der Gymnasiast war empört. „Er machte so großes Aufsehen“, so Josef Bauer, „daß die Konferenz dahinterhakte und er wäre deswegen beinahe von der Schule geflogen. Denn er hatte darin keine Hemmungen vor den Schülern und den Lehrern“.

Braun stammte aus kargen familiären Verhältnissen; vielleicht machte ihn dies so sensibel für soziale Gerechtigkeit. Als siebtes von neun Kindern wuchs er in der beengten und ungesunden Kellerwohnung unter der Pfarrkirche „Königliche Kapelle“ in Danzig auf, wo er am 18. November 1899 geboren worden war. Sein Vater hatte das Schuhmacherhandwerk aufgegeben und versah den Dienst als Küster. Den Besuch des Städtischen Gymnasiums mußte Braun schon 1916 unterbrechen, um zum Unterhalt der Familie beizutragen, nachdem sein ältester Bruder im Krieg gefallen war. Von 1916 bis 1918 diente Braun auf der Kaiserlichen Werft im Werkstattbüro des Danziger U-Bootbetriebs. Erst 1920 kehrte er wieder an das Gymnasium zurück. Über die dazwischenliegenden Jahre finden sich in seinem Lebenslauf keine Hinweise; wahrscheinlich half er seinem Vater bei Küsterdiensten, nicht auszuschließen sein dürfte auch eine längere Krankheit. Mitte 1922 verließ Braun das Gymnasium ohne Abitur, lediglich mit dem Oberprima-Zeugnis. Bis Ende des Jahres war er krank. Nach einer sechzehnmonatigen Lehre im Reederei- und Speditionswesen erkrankte er 1924 erneut und konnte erst 1925 nach einem Kuraufenthalt im Waldsanatorium Obernigk als Angestellter beim Senat der Freien Stadt Danzig tätig sein, zuletzt als Zweigstellenleiter in der Erwerbslosenfürsorge.

Ohnehin nicht intellektuell begabt, gewann der 21jährige Braun auf dem Gymnasium die Sympathien seiner jüngeren Mitschüler durch andere Stärken. Er unterhielt sie mit „Schnurren und Witzen“ und redigierte als „Hedo-

*Pater Odilo Braun OP*

philski“ in der Schülerzeitschrift den humoristischen Teil. Daneben brachten ihm sein Organisationstalent und die Erfahrungen im Beruf das Vertrauen der Schülerschaft ein. Er wurde zum Obmann der Danziger Katholischen Gymnasiastenvereinigung gewählt, die dem 1919 in Köln gegründeten Schülerbund Neudeutschland (ND) eingegliedert war. Der Küstersohn, der schon mit fünfeinhalb Jahren stolz als kleinster Meßdiener in der Kirche mit-tun durfte, zeigte sich im protestantischen Danzig – zur Einwohnerschaft zählten nur 34% Katholiken – und im evangelisch dominierten Gymnasium – es gab nur zwei katholische Lehrer – geradezu „gegenreformatorisch“ enga-giert. Als die Klasse im Deutschunterricht wegen der neuhochdeutschen Sprache einen Brief Luthers durchnahm, weigerten sich Braun und drei wei-tere katholische Mitschüler, den Text zu lesen. Luther sei ein „Ketzer“ und stehe für sie auf dem Index. Braun setzte es durch, daß über den Religions-lehrer interveniert wurde. Der Deutschlehrer mußte das Lutherschreiben als Unterrichtsstoff aufgeben. Doch Braun zeigte sich keineswegs in allem so übereifrig oder gar skrupulös, wenn es um die Einhaltung der Kirchengebote ging. Ein vom Donnerstag übriggebliebenes Wurstbrot aß er mit Appetit

auch am Freitag, was damals noch ein erhebliches Maß an „Sündhaftigkeit“ bedeutete. Die erste Fahrt als Vertreter aus Danzig zum Freiburger Verbandstag der Neudeutschen nutzte er 1921 auf der Rückreise mit seinem Freund großzügig zum Besuch des Bodensees und der Städte Konstanz und München. Während der damaligen Inflationszeit war die Reise mit großen Anstrengungen von Eltern der Schüler und aus der Bundeskasse des ND finanziert worden. Im Jahr 1924, Braun hatte das Gymnasium schon verlassen, zählte er mit zu jenen, die sich vom ND trennten und sich seither als „Normannsteiner“ zusammenfanden. Im Gegensatz zum ND wollten sie die verbandsrechtlichen Strukturen mit Statuten und die dominierende Leitung durch einen Geistlichen aufheben. Sie verstanden sich als „Schar auf dem Weg“, wollten gerade kein „Bund“ sein, planten nicht die Bildung der üblichen Nachwuchsorganisationen, führten hingegen Gruppen von jungen Männern und Frauen ein. Es ging ihnen um „mehr Freiheit“: „Eigenbestimmung und nicht Führung durch einen geistlichen Beirat“. Nur in religiösen Dingen sollte dem Priester ein Einspruchsrecht zuerkannt werden. Kaplan Lins betreute die Bewegung und war später als Pfarrer in Bad Orb Anlaufstelle für viele Normannsteiner. Von den Bischöfen wurde diese Art katholischer Jugendbewegung nicht gern gesehen. Messen feierte man sogar heimlich im Wald, losgelöst von der Pfarrei – trotz bischöflicher Verbote.

Leo Braun, dieser „unbotmäßige“, sozial sensible und humorvolle junge Mann, entschloß sich, für seinen Freundeskreis völlig überraschend, am 22. Oktober 1926 in Venlo/Holland in den Dominikanerorden einzutreten. Dem 27-Jährigen bürdete der Orden nicht mehr auf, das Abitur nachzuholen. So konnte er nach dem Noviziatsjahr das Studium der Philosophie an der Ordenshochschule in Walberberg aufnehmen und die theologischen Semester in Düsseldorf verbringen. Die dort begonnenen Ergänzungsstudien schloß er 1934 in Löwen/Belgien ab.

Am 23. Oktober 1930 legte Braun die feierliche Profest ab und war somit dem Orden ganz eingegliedert. Die Priesterweihe empfing der Dominikaner am 24. Februar 1933 im Hohen Dom zu Köln von Kardinal Schulte. Er zählte damit zum ersten Weihekurs im „Dritten Reich“. Braun benannte später wiederholt die Erlebnisse, die ihm dessen Unrechtscharakter schlagartig geoffenbart hatten. Am Abend des 5. März 1933, dem Tag der Reichstagswahl, übernachtete er im Franziskanerkloster in Dorsten, gegenüber vom Polizeipräsidium. Nach Bekanntgabe der Wahlergebnisse „tat sich die Hölle auf. SA-Horden schleppten ihre Opfer herbei“. Die Nacht sei erfüllt gewesen „von

dem Gejohl der Schläger, von den Schmerzensschreien der Mißhandelten“. Eine an ihn gerichtete Notiz vom 30. April 1933 verwahrte Braun auf. In ihr drückten sich die neuen Verhältnisse aus. Der Sohn des Küsters an der Berliner Michaelskirche, seit 1929 SA-Mann und Hilfspolizist, so teilte man Braun mit, fordere polizeiliches Einschreiten, weil ein Jude die Hakenkreuzflagge gehißt habe. Damit war klar, daß die neuen Machthaber und deren Handlanger nicht allein nach politischen Bekenntnissen, sondern zuerst nach rassistischen Kriterien urteilten. Fünfeinhalb Jahre später, im November 1938, mußte Braun entsetzt auf dem Rückweg vom Dienst in Köln den Synagogenbrand mit ansehen. Bei einem Besuch seiner kranken Mutter in Danzig, Monate nach dem Überfall der Deutschen Wehrmacht auf Polen 1939, erfuhr er, daß Mitbrüder, Freunde, Schulkameraden und sein früherer Zahnarzt in das Konzentrationslager Stutthof verschleppt worden waren. Braun zählte nicht zu jenen, die später behaupteten, nichts gehört oder gesehen zu haben. Neben dem Unrecht im politischen Bereich nahm Braun auch auf religiösem Gebiet eine Veränderung der Haltung mancher Gläubigen wahr, die die „passive Haltung der katholischen Kirche im heutigen Weltgeschehen“ bemängelten und aus der Kirche austraten.

Der Dominikanerpater sah sich mit diesen gesellschaftlichen und religiösen Umbrüchen in den ersten Jahren seiner Tätigkeit konfrontiert. Ab 1934 mußte er sogenannte Volksmissionen in Pfarreien halten, Exerzitien und Einkertrage für Gruppen veranstalten. Während seines pastoralen Einsatzes gewann Braun 1934–1940 einen breitgefächerten Einblick in die jeweilige lokale Lage im nationalsozialistischen Deutschland. Braun erwähnt in seinem Lebenslauf, er habe 1937 eine Verwarnung aufgrund einer kritischen Predigt erhalten, so daß davon auszugehen sein dürfte, daß er Bezüge zu aktuellen Fragen hergestellt hat. Eine Predigt, in der er explizit verkündete, „Zachäus, der jüdische Zöllner soll uns Vorbild sein“, zeigt, daß Braun brisante Akzente zu setzen verstand. Noch provokativer formulierte er es ein anderes Mal in einer Predigtskizze zum Thema „Sünde“: „Niemand darf ausgeschlossen sein, kein Volk, keine Rasse. Erlösung durch das Blut der Rasse [ist] unmöglich, nur durch das Blut Christi. Christus [ist] für alle gestorben“.

Mitte 1936 übertrug der Orden Braun die Leitung des Albertus-Magnus-Verlages in Vechta und die Schriftleitung der Missionszeitschrift „Der Apostel“. Braun bekam bald die Intentionen der NS-Seite im Presse- und Verlagswesen unmittelbar zu spüren und entschied in Absprache mit der Ordensleitung, sich den Auflagen der Zensur nicht zu beugen. Der Verlag

wurde geschlossen. Im Herbst 1939 untersagte schließlich die NS-Seite das Erscheinen der Zeitschrift wegen „Papiermangels“.

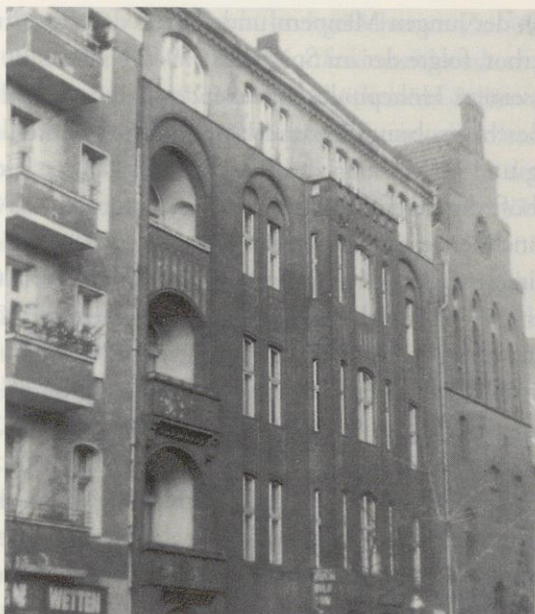
1938 konnte Braun seine beruflichen Erfahrungen aus der Danziger Tätigkeit in den Dienst des Provinzialats in Köln als Syndikus und Prokurator stellen. Bezeichnend für Braun war, daß er in dieser Stellung befürchtete, „nicht mehr Seelsorger sein zu können, womöglich die Liebe zur Seelsorge [zu] verlieren und zum Finanzier“ zu werden. Seinen Wunsch, ihm einen Mitarbeiter zur Seite zu geben, damit er noch pastoral tätig sein könne, erfüllte der Orden 1939 nicht. 1940 wurde Braun nach erneutem Seelsorgsdienst für ein anderes Amt bestimmt, das er bis 1945 innehatte: die Leitung des Generalsekretariats der „Superioren-Vereinigung“ in Berlin.

3. Generalsekretär der „Superioren-Vereinigung“ 1940–1945

1898 erstmals als „Superioren-Konferenz“ von Obern missionierender Orden zusammengetreten, entwickelte sich die 1927 in „Superioren-Vereinigung“ (SV) umbenannte Institution zu einem mitgliederstarken Verein (1936: 44) von Äbten und Provinzialen der reichsdeutschen Ordensgemeinschaften, die „unter Heiden, Nichtkatholiken oder unter katholischen Kolonisten“ wirkten. Seit 1923 hatte Dominikanerpater Ansgar Sinnigen als Generalsekretär das ständige Büro mit Archiv in Berlin-Moabit neben dem Dominikanerkloster St. Paulus in der Oldenburgerstraße Nr. 47 eingerichtet. Dem Generalsekretär oblag die Interessenvertretung bei kirchlichen und staatlichen Behörden neben allgemeiner Geschäftsführung, Auskünften und Hilfeleistungen, Archivaufbau und Sammlung von einschlägigem Material. Den SV-Vorstand bildeten vier auf vier Jahre gewählte Obere und der auf unbestimmte Zeit gewählte Generalsekretär.

Der einschneidende personelle und organisatorische Wandel der SV wurde ausgelöst durch den plötzlichen Tod des 70jährigen Generalsekretärs Sinnigen am 11. Juli 1940. Dominikanerprovinzial Siemer war zuvor bereits damit beauftragt worden, einen Nachfolger zu bestimmen. So stellte er den Provinzialen Odilo Braun als Mann seiner Wahl vor.

Am 1. August 1940 trat der 40jährige Braun sein neues Amt an. Zwar hatte der Ordensmann im Moabiter Dominikanerkonvent ein Zimmer, doch unterstand er nicht dem Prior von St. Paul. Er war in der großzügig ausgestatteten Büro-Wohnung polizeilich gemeldet und leitete das Büro selbstän-



Im IV. Stock des Hauses Oldenburger Straße 47 in Berlin-Moabit, neben dem Dominikanerkloster St. Paul, befand sich die Bürowohnung des Generalsekretärs der Superioren-Vereinigung, Pater Odilo Braun OP

dig. Die Sekretärin Brauns, die 29jährige Aenne Vogelsberg, trat ihren Dienst im November 1940 an; ihr war ein bescheidenes Zimmer im hinteren Wohnungstrakt beim Dienstboteneingang zugewiesen.

Eine Besprechung im Reichspropagandaministerium am 12. September 1940, zu der auch Vertreter der katholischen Orden, darunter Braun als SV-Generalsekretär, Vertreter der evangelischen Kirche, der Presse, des Oberkommandos der Wehrmacht, Gestapobeamte und SS-Mitglieder geladen waren, wurde Braun zum Schlüsselerlebnis. Ministerialdirektor Gutterer, so Braun im Bericht an die SV, habe die Orden aufgefordert, „eine andere, d.h. mehr positive Einstellung dem Zeitgeschehen gegenüber, vor allem, was den Krieg angeht, zu finden“.

Braun sah sich bald schon konfrontiert mit Angriffen auf die Ordensexistenz als solche. Der Einschränkung der Erwerbsmöglichkeit von Ordensleuten in der Krankenpflege und Fürsorge und dem sogenannten Nachwuchsstopp von

September 1940, der jungen Männern und Frauen den Eintritt in Ordensgemeinschaften verbot, folgte der im Spätherbst 1940 einsetzende und im ersten Halbjahr 1941 seinem Höhepunkt zustrebende sogenannte Klostersturm. Er entlud sich in Beschlagnahmungen und Enteignungen klösterlicher Gebäude, in Verleumdung und Vertreibung der Ordensleute. Da der Klosterraub ohne Protest der Bischöfe durchgeführt wurde, waren die Orden aufs äußerste beunruhigt. Der Münchner Jesuitenprovinzial Augustinus Rösch klagte, sie sähen sich „von den hiesigen kirchlichen Stellen bitter verlassen“. Die Orden suchten ihre Sache selbst in die Hand zu nehmen. Zusammen mit Generalsekretär Braun bemühten sich vor allem der 3. SV-Vorsitzende Rösch, SV-Mitglied Dominikanerprovinzial Siemer, Jesuitenpater Lothar König und der Justitiar der Diözese Würzburg, Dr. Georg Angermaier, um eine energische Gegenwehr. Sie drängten die katholischen Bischöfe zu Protesten, ersetzten nach der letzten Tagung im Mai 1941 in Berlin die von der Zerschlagung durch die Gestapo bedrohte SV durch unauffällig arbeitende Regionalgruppen und entwickelten in zahlreichen Gesprächen strategisch-konzeptionelle Überlegungen.

4. Mitglied im „Ausschuß für Ordensangelegenheiten“ 1941–1945

Das Charakteristische dieser Gruppe, die von den beiden Dominikanern Braun und Siemer, den Jesuiten Rösch und König und dem Laien Angermaier gebildet wurde, lag darin, daß es ihr nicht vordringlich um die Wahrung der Interessen der Orden ging, um die Rettung des klösterlichen Eigentums und der besonderen Lebensform, sozusagen als tolerierter Schonraum unter den Bedingungen einer Diktatur. Die Patres und Angermaier klagten die Wahrung der Grundsätze eines geordneten Rechtsstaates für alle ein und schickten sich an, damit Mitverantwortung für die Gesamtkirche und Mitverantwortung für die Gesellschaft zu übernehmen. Schon im August 1937 hatte der Freiburger Erzbischof Gröber der Fuldaer Bischofskonferenz einen Vorschlag unterbreitet, der auf „die dringend notwendige Geschlossenheit des Episkopates und das gleichgerichtete Handeln“ abzielte. Gröber forderte: „eine Heranziehung geeigneter Laien zur Aussprache über die Lage in Schwierigkeiten der katholischen Kirche in Deutschland“, „eine, wenn auch lockere Beziehung zu den übrigen von uns getrennten Christgläubigen“, „endlich, um ein gemeinsames und systematisches Vorgehen zu ermöglichen, Beiziehung der Oberen oder Vertreter einflußreicher Ordensgesellschaften zu einer

Aussprache“. Dieser Wunsch nach breitgefächerter Zusammenarbeit und Mitverantwortung – selbst über die Konfessionsschranken hinweg – überschritt die Grenze dessen, was nach bischöflichem Selbstverständnis noch zulässig war. Die Bischofskonferenz unter Vorsitz des Breslauer Kardinals Adolf Bertram war auch in den folgenden Jahren nicht in der Lage, eine den bischöflichen Amtspflichten entsprechende Antwort auf die Herausforderung des nationalsozialistischen Unrechtsregimes zu geben. 1940 kam es auf der Plenarsitzung zu einem Eklat zwischen dem Berliner Bischof Konrad Graf von Preysing und dem Vorsitzenden Bertram, ohne daß durch Preysings Vorstoß ein kirchenpolitischer Kurswechsel eingeleitet werden konnte. Bertram bekräftigte noch 1944: „Die Harmonie zwischen Kirche und Staat ist von Gott gewollt“. Preysing hatte dem schon 1940 entgegengehalten, „daß ein freundschaftliches, gedeihliches Zusammenleben zwischen dem totalitären Staat von heute und der katholischen Kirche unmöglich sei“. Die Veränderung, die Gröber 1937 vergeblich angestrebt hatte, wurde erst von außen angestoßen. Mit der Konstituierung des „Ausschusses für Ordensangelegenheiten“ im Sommer 1941 schufen die Provinziale Rösch und Siemer, die Patres König und Braun und der Laie Angermaier zusammen mit dem Berliner Bischof Preysing und dem Fuldaer Bischof Johannes Dietz ein handlungsfähiges Gremium, von dem entscheidende Impulse ausgingen.

Der Klostersturm wurde vom Ordensausschuß als symptomatisch für die Verfaßtheit des nationalsozialistischen Staates angesehen, der nicht mehr im Bertramschen Sinne als Verhandlungspartner in Frage kam. Neben die Analyse des totalitären Staates trat für diesen Kreis auch die kritische Reflexion der Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit der Bischofskonferenz. Es fehle an Klarheit über die allgemeine religiöse, politische und kirchenpolitische Lage und über eine einheitliche Haltung in der Verkündigung, wie im Falle der Tötung der Geisteskranken im Zuge der sogenannten „Euthanasie“. Andersgläubige und Nichtchristen fragten sich, von wem überhaupt noch das Naturrecht verteidigt werde. Heimkehrende Soldaten und die Massen würden später kaum für die Kirche zu gewinnen sein, wenn sie „jetzt an der Kirche nichts finden, was sie in der Gefahrenzeit anzieht“. Die Bischöfe hätten die Pflicht, in diesem Kampf gegen die Kirche einzutreten für die „Gottes- und menschlichen Rechte“.

Es gehe dabei nicht um die Kirche, „um Pfründen, um ein Amt, um einen Titel, um Versorgung, um unser Leben“, so Angermaier, sondern um die „christliche Substanz“. Die Christen seien „für den Letzten im Volk vor Gott

verantwortlich“ und zwar „für jede seiner vielfältigen Notlagen“. Dabei war Angermaier überzeugt, daß „im Endergebnis Kirche, Christentum und Menschenwürde nur durch die feierliche apostolische Wortverkündigung zu wahren“ seien. Das öffentliche Eintreten für die Glaubens- und Sittenlehre, also das Zeugnisgeben, bedeutete in einem totalitären Staat in letzter Konsequenz die Gefahr der Zerschlagung der Institution Kirche und die Bereitschaft zum Martyrium.

Kirchenhistorisch bedeutsam bleibt, daß der Ordensausschuß im Herbst 1941 einen Hirtenbrief ausarbeitete, der erstmals über die kirchlichen Eigeninteressen hinaus einen menschenrechtlichen Teil enthielt und die Gewaltmaßnahmen des Regimes anklagte. Die diversen Entwürfe bekamen mit den Erweiterungen des Juristen und Staatswissenschaftlers Angermaier die Wucht einer radikalen Anklage des Regimes, wie sie in bischöflichen Dokumenten bis dahin gefehlt hatte. So formulierte Angermaier: „Es ist Tatsache, daß viele Ordensleute und Priester in den Sammellagern der Geheimen Staatspolizei schmachten. Und dieses Geschick teilen sie mit unendlich vielen. Daß sie es erleiden, ohne jemals vor einem wirklich unabhängigen Richter einer Schuld überführt zu sein, ist schreiendes Unrecht. [...] Es ist Tatsache, daß keiner in Deutschland seines Lebens sicher ist; denn ebenso, wie er seiner Freiheit ohne Schuld und ohne Richter beraubt werden kann, ebenso sehr gilt das von seiner Gesundheit und seinem Leben. Niemand kann die Gewaltmaßnahmen der Geheimen Staatspolizei überprüfen und niemand kann sie hindern, daß sie tötet, wen sie töten will. Und es ist Tatsache, daß heute in Deutschland Hunderte von Geisteskranken im Zuge der angeordneten planwirtschaftlichen Maßnahmen des Staates getötet werden. Tötung von Geisteskranken, gleichviel aus welchem Grunde, ist und bleibt Mord“.

Die deutschen Bischöfe sollten diesen Hirtenbrief gemeinsam am 2. Advent 1941 von allen Kanzeln verlesen. Der Ausschuß erläuterte seinen Schritt: Er fühle sich über die Klosterangelegenheiten hinaus für die Kirche und das ganze Volk verantwortlich. Es werde eines Tages von „gewaltiger historischer Bedeutung“ sein, wenn die Bischöfe öffentlich die Verletzung von göttlichem und natürlichem Recht mißbilligt hätten: „Auch der nichtchristliche Teil in Deutschland, der unter der Last der Rechtlosigkeit und seiner eigenen Ohnmacht gegenüber Unrecht und Gewalt leidet, erwartet Hilfe und Verteidigung der allgemein menschlichen Rechte durch den deutschen Episkopat“. Im Herbst 1941 setzten die Deportationen von Tausenden deutscher Juden ein. Ein öffentlicher Protest der katholischen Bischöfe gegen diese Menschen-

rechtsverletzungen des Regimes, wie ihn der Ordensausschuß so vehement gefordert hatte, blieb aus. Doch mit dem Entwurf des Ausschusses war eine Wendung hin zu einer Diskussion um die Amtspflicht der Bischöfe eröffnet worden. In einem teilweise verlesenen Menschenrechtshirtenbrief vom Frühjahr 1942, der auf dem Entwurf von 1941 aufbaute, und im gemeinsamen Dekalog-Hirtenbrief vom Herbst 1943 spiegelt sich dieser späte Wandel wider.

Die Ausschußmitglieder verschlossen sich auch nicht der Beteiligung an Widerstandskreisen, die Pläne für den zukünftigen Staatsaufbau ausarbeiteten oder diskutierten. Die bekannteste Gruppe ist der „Kreisauer Kreis“ um Helmut James Graf von Moltke, zu dem Rösch, König, Jesuitenpater Alfred Delp, die Bischöfe Preysing und Dietz und als Mitglied des Münchner Zweigs Justitiar Angermaier Verbindungen hatten. Auch Siemers Gesprächskreise in Köln mit Männern, die vor allem aus den katholischen Arbeiterkreisen stammten, wie Nikolaus Groß und Bernhard Letterhaus, setzten sich kritisch mit dem Nationalsozialismus und positiv mit der christlichen Staats- und Gesellschaftsordnung auseinander. Die Bürowohnung des SV-Generalsekretärs Braun wurde für Personen aus dem Widerstand zu einem konspirativen Treffpunkt.

Die Ordensausschußmitglieder gingen mit ihrem Einsatz ein hohes Risiko ein. Nach dem 20. Juli 1944, dem gescheiterten Attentat auf Adolf Hitler, wurde nach ihnen gefahndet.

5. Brauns Leben im Widerstand 1941–1945

Braun kleidete sich seit 1941 zivil. Er trug einen hellen Staubmantel. Die erste Begegnung zwischen dem Kölner Erzbischof Frings und Braun sei „fast katastrophal“ verlaufen, so Siemer, weil Braun mit seiner Kleidung „unliebsames Aufsehen“ erregt habe, da Frings sie als „ungehörig“ empfand. Für Brauns konspirative Tätigkeit war sie allerdings nötig. Auch seine Sekretärin, Aenne Vogelsberg, mußte im Zusammenhang mit den zahllosen Reisen ihres Chefs zur Verwischung dieser Aktionen beitragen: So löste sie die Fahrkarte und postierte sich im bereitgestellten Zug, während Braun lediglich eine Bahnsteigkarte erwarb. Kurz vor Abfahrt des Zuges stieg er dann ein, Vogelsberg währenddessen aus, wobei sie unauffällig die Karten tauschten. Der konspirative Charakter der Tätigkeit Brauns wurde noch dadurch unterstrichen, daß er eine zweite Berliner Unterkunft hatte. Im Haus von Elisabeth Galandi,

einer Freundin aus der Normannsteiner Zeit, in Berlin-Zehlendorf, stand ihm ein Zimmer zur Verfügung. Hier konnte er auch Unterlagen verstecken; ein Fluchtweg und die Möglichkeit, im Gefahrenfall das Material an Nachbarn weiterzugeben, waren besprochen. Um aber selbst diesem Aufenthaltsort einen gewissen offiziellen Rahmen zu verleihen, zelebrierte Braun im nahegelegenen Theresienstift der Grauen Schwestern. Die Zweitwohnung wurde nie entdeckt. Braun, der stets auf mögliche Überwacher achtete, erweckte in seinem hellen Staubmantel keinesfalls den Eindruck eines verkleideten Ordensmannes. Als er den ihm unbekannten Geheimsekretär des Fuldaer Bischofs Dietz, Heribert Abel, der erkennbar als Priester gekleidet war, bei einer Zugfahrt vertrauensvoll nach dem Weg zum Kloster Hünfeld fragte, sei Abel so mißtrauisch geworden, daß er ihm die falsche Richtung wies, selbst zum Kloster eilte und die Mönche warnte, ein Gestapo-Spitzel komme. Als Abel und Braun sich schließlich dort trafen und ihre wahre Identität erfuhren, belustigte sie das sehr.

Die Bischöfe Preysing, Dietz und der Münchner Kardinal Faulhaber stellten den beiden Kurieren Braun und König eigens Bestätigungen aus, da sie für die anderen Bischöfe zunächst unbekannte, durch Zivilkleidung nicht kenntliche Patres waren. Weitere Bescheinigungen waren offenkundig für mögliche Kontrollen formuliert. Im Verlaufe der Jahre benannte Braun sein Büro um in „Verwaltung der deutschen katholischen Missionsgesellschaften“. Als Berufsangabe findet sich in seinen Ausweisen dementsprechend „Verwaltungssekretär“, eine Maßnahme, um unauffälliger agieren zu können, galten Ordensleute doch als verdächtig. Gerade Brauns offizielle Amtsbezeichnungen mochten so zur Tarnung der übrigen Aktivitäten dienen.

Braun veranschlagte monatlich 300 RM Reisekosten. Er führte Tagebuch über diese Zeit, wohl nicht zuletzt auch als Beleg wegen der internen Abrechnungen über die unternommenen Fahrten. Orte, an denen er sich sozusagen stützpunktartig aufhalten konnte, waren natürlicherweise die Dominikanerkonvente. Daneben boten ihm zweifelsohne auch andere Orden Unterkunft. Im Zusammenhang mit seiner pastoralen Tätigkeit nennt Braun eine „böse Auseinandersetzung mit der Gestapo“ wegen eines Gottesdienstes mit Predigt für polnische Zwangsarbeiter zu Pfingsten 1943. Hinweise auf Urlaubszeiten finden sich bei Braun nicht.

Odilo Braun erwähnte später wiederholt ein Gespräch mit Galen, das wahrscheinlich am 7. oder 8. Juni 1941 stattfand. Braun zeigte Galen die Listen mit den in anderen Diözesen beschlagnahmten Klöstern. Er habe, so

Braun auf einer Tagung in Bielefeld 1978, „auf Widerstand gedrängt“. Galen habe geantwortet, bei ihm sei noch kein Kloster beschlagnahmt worden. „Darauf sagte ich ihm: Exzellenz, man muß auch löschen, wenn das Nachbarhaus brennt. Man darf nicht warten, bis der eigene Dachstuhl Feuer gefangen hat. Sagt er: Ja, was sollen wir denn tun, Hirtenbrief? – Es muß nicht ein Hirtenbrief sein, wenn ein Bischof die ganze Predigt vom Leder zieht, dann ist schon viel gewonnen. Darauf sagt der große Galen: Ja, dann kriegen wir Redeverbot. Sag ich: Als Bischof würde ich mich daran nicht halten. – Dann werden wir eingesperrt. – Dann sind wir einen Schritt vorwärts, wenn ein Bischof eingesperrt ist, sag ich. Da bog er ab und sagte so: Vertrauen Sie auf Gott und den Heiligen Geist und die Klugheit der Bischöfe“.

Braun verwies später beharrlich auf diese Episode und daher auf einen unbekannten Kontext der Galenschen Entschlußbildung für dessen berühmte Predigten vom Juli und August 1941 gegen die Klosterbeschlagnahmungen und die „Euthanasie“. Dies verdeutlicht, daß in der Erinnerung der Ordensausschußmitglieder die Diskrepanz zwischen ihrer Erkenntnis, ein öffentlicher Protest gegen Klosterbeschlagnahmungen und andere Übergriffe sei gefordert, und der Gleichmütigkeit, mit der die Bischöfe dieser Tatsache zunächst begegneten, lebendig blieb; umso bedeutender erschien ihnen dann der Wandel Galens.

Der Ordensausschuß vermerkte zufrieden, die Predigten hätten ein „weiteres Aufatmen der Gläubigen, darüber hinaus weitester Kreise der Bevölkerung in Deutschland“ gebracht und seien verbreitet worden. Der Stopp der Beschlagnahmungen sei die Folge dieses mutigen Auftretens, woraus zu ersehen sei, daß nicht mit „ewigen schüchternen Eingaben“ oder „Memoranden“ zu operieren sei, sondern „endlich mal mutige Taten kommen“ sollten als die „einzige richtige und jetzt nur noch die einzig mögliche Art“. Die Predigten seien ein „klarer Beweis“ dafür, daß nicht durch „papierene Proteste, sondern nur durch furchtlosen persönlichen Einsatz und entschlossenes Handeln heute etwas zu erreichen ist“.

Doch bei ihrer Rundreise zu den Bischöfen wegen des schon erwähnten Novemberhirtenbriefs 1941 mußten Braun und König erkennen, daß nicht alle Galens Linie stützten. Einige Bischöfe hätten beim Lesen des Entwurfs „vor Angst beinahe ihre bischöfliche Haltung verloren und sich bereits in Dachau oder Buchenwald gesehen“, so Siemer. König und Braun seien „völlig erschlagen“ gewesen, als sie ihre Erlebnisse dem Dominikanerprovinzial in Köln berichteten. Nachdem sich die Bischöfe gegen den Hirtenbriefentwurf des Or-

denausschusses zugunsten einer gemeinsamen Denkschrift mit evangelischen Kirchenführern ausgesprochen hatten, versuchten Braun und König durch weitere Reisen die Entscheidung nochmals für den Hirtenbrief zu erreichen, worin sie vor allem von Faulhaber unterstützt wurden; aber vergeblich.

Auch auf eigene Initiative hin engagierte sich Braun in Menschenrechtsfragen. Schon im November 1940 war er an Bischof Wienken herangetreten, um die Frage der „Euthanasie“ aufzugreifen. Er übermittelte schließlich einen Vorschlag Wienkens an Faulhaber. Zu Pfingsten 1943 regte er einen neuen Schritt Preysings an gegen ein geplantes Gesetz zur Zwangsscheidung von „Mischehen“, worunter nach NS-Sprachgebrauch Ehen zwischen „Nichtariern“ und „Ariern“ verstanden wurden. Der geschiedene „nichtarische“ Ehepartner sollte danach deportiert werden. Preysing, der wiederholt aus seiner Resignation und Handlungslähmung durch Braun und vor allem auch durch Moltke herausgeholt werden mußte, beauftragte Braun, den Kölner Erzbischof Frings und den Bischof von Limburg aufzusuchen. Braun schlug für Eingaben eine „massive Sprache“ und die Drohung mit einer Kanzelverkündigung vor. Es müsse aber „darüber hinaus deutlich gesprochen werden über die Greuel an den Juden überhaupt“, so Braun. Schon am 6. März 1943 hatte er sich besorgt an Bischof Dietz gewandt. Er habe „herzerreißende Sachen“ gehört aus Frankfurt. Er klagte, die Fuldaer Bischofskonferenz hätte schon längst „in der furchtbaren Judenverfolgung als offizielle Vertreterin der Kirche in Deutschland für die unterdrückte Menschenwürde eintreten sollen“. Die Eingabe, die Bertram eingereicht habe, sei als Einleitung vielleicht genügend gewesen, aber wegen ihres „weichen Tones zu unwirksam“. Braun war empört über das Schweigen des Episkopats. Wie Angermaier und Rösch half er einer verfolgten Person. Damit sah er sich mit den Problemen der Entrechteten unmittelbar konfrontiert. Die 26jährige Carola Heymann war am Tag ihrer geplanten Deportation, am 25. Januar 1943, in das Dominikanerkloster St. Paulus gekommen und hatte Braun um Hilfe gebeten, der ihr ein Versteck vermittelte. Die junge Frau überlebte die Kriegszeit und emigrierte später in die USA. Die Mitglieder des Ordensausschusses forderten also nicht nur den Protest des Episkopats gegen Menschenrechtsverletzungen, sondern handelten selbst unter größtem Risiko, um Verfolgte zu retten.

Die Bürowohnung Brauns in der Oldenburgerstraße in Berlin-Moabit war für den Ordensauschuß und Personen aus dem Widerstand ein Treffpunkt. Braun erwähnte allerdings nur wenige Namen seiner Kontaktpersonen. Auffällig bleibt, daß er dennoch auf gewichtige Verbindungen hinwies, ohne daß bis-

lang sein Name von anderer Seite belegt ist. Er umschrieb in verschiedenen Briefen, Predigten oder Vorträgen, sie hätten „nächtelang mit heißen Köpfen und wunden Herzen mit Männern des Widerstandes“ zusammengesessen, die zum Teil an „wichtigen entscheidenden Schaltstellen“ saßen, um den richtigen Weg aus der Gewissensnot zu finden. „Wir hatten damals geplant, an Generäle heranzukommen, diese sollten dann versuchen, sich bei irgendeiner Gelegenheit Hitlers zu bemächtigen, ihn Ärzten vorzuführen, seine Verrücktheit offiziell feststellen zu lassen und dann dem Deutschen Volk im Rundfunk verkünden, ein Verrückter, der sich als Verbrecher gebärdet hat, ist nun unschädlich gemacht, wir haben die Sache in die Hand genommen, um wieder Ordnung in das Staatsleben hineinzubekommen“. Ein Mitbeteiligter der Gespräche war Eduard Stadtler, „der in der Hauptsache als erste treibende Kraft an einer Denkschrift gearbeitet hat, die den Generälen zugeleitet werden sollte. Wir waren da zu fünf Männern, die an dieser Denkschrift gearbeitet haben, sie ist sogar in meinem Büro zum Teil geschrieben worden. Die Denkschrift wurde auch tatsächlich an die Generäle weitergegeben“, so Braun.

Obgleich Braun Freunde und Freundinnen in seine Verbindungen zum Widerstand nicht einweihte, ließ er sie doch nicht im unklaren über seine Gefährdung und verabredete Sicherheitsvorkehrungen für den Gefahrenfall. Sein Freund Josef Bauer erzählte, er habe im Herbst 1942 oder 1943 Braun in Neisse getroffen. Braun habe damals gesagt, er würde „einen Kopf kürzer“ gemacht werden, wenn entdeckt würde, was er bei sich in der Tasche trage. Es sei belastendes Material.

In einem SV-Rundschreiben vom Juni 1944 teilte Braun mit, er sei vom 10. Juni bis 10. Juli 1944 in Bad Wörishofen auf ärztlichen Rat hin zur Kur. Seinen Eintragungen im Tagebuch zufolge war er am 16. Juli noch immer in Wörishofen, fuhr am 17. nach München, sprach dort am 18. Rösch, kehrte nach Wörishofen zurück und startete dort am 20. Juli nach Würzburg. Rösch verbrachte fast den gesamten Juli bei den Armen Schulschwestern Unserer Lieben Frau im Kloster Moosen bei Dorfen, östlich von München. König befand sich am 20. Juli in Pullach bei München. Der Norddeutsche Siemer schrieb später, er sei Anfang Juli 1944 in Kenntnis gesetzt worden über eine bevorstehende Aktion. Er weilte in Schwichteler. Dem Ordonnanzoffizier Angermaier war es bemerkenswerterweise gelungen, von der Ostfront zu kommen, so daß er am 18. Juli in München und am 19./20. Juli in Würzburg war. Dietz leitete am 19. und 20. Juli 1944 die Aussprachekonferenz für Männerarbeit in Fulda, auf der Delp hätte referieren sollen. Preysing war sicherlich in Berlin.

Zumindest daß irgend etwas komme, dürften die Ausschußmitglieder gewußt haben. Nach dem gescheiterten Attentat Stauffenbergs waren sie sich ihrer Gefährdung bewußt, wie Braun andeutet: „Unmittelbar nach dem 20. Juli 1944“ habe er mit Rösch zusammen Delp in München-Bogenhausen besucht. „Auf uns allen lastete etwas von banger Erwartung. Niemand wußte, wie stark er gefährdet und auch wie nah die Gefährdung war. Aber wir sprachen nicht davon. Nur einige Male, wenn wir gerade unbeobachtet waren, zwinkerte er [Delp] mir zu. In seinem Blick lag alles: Die Frage: wie wird es gehen?“ Keiner der Ausschußmitglieder zog jedoch eindeutig zu interpretierende Konsequenzen durch sofortiges Untertauchen, auch noch nicht nach Delps Verhaftung am 28. Juli 1944.

Waren König, Rösch und Siemer später den Fahndern im August bzw. September jeweils kurz vor der geplanten Festnahme entwischt, so wollten die SD-Beamten bei Braun sichergehen; man wollte ihn anders packen. Braun, der im Rahmen seiner Tätigkeit auch zuvor schon häufig unterwegs war, setzte diese Reisetätigkeit fort. Zunächst war er am 20. Juli von Wörishofen nach Würzburg gefahren und begab sich am folgenden Tag nach Bad Orb zu Pfarrer Lins und seiner Königsberger Haushälterin Marthe Toschke. Drei Tage später kehrte er nach Berlin zurück. Am 25. Juli ließ er sich als „Pfarr-Rektor Leo Braun“ einen Berechtigungsschein für Dienstreisen persönlich beim Revierführer des 24. Polizeireviers beglaubigen. Braun zelebrierte weiterhin öffentlich. Sonntags hielt er in Berlin-Schlachtensee den Gottesdienst und predigte. Er unternahm dienstliche Gänge zum Berliner Ordinariat und zu seinem Freund und Rechtsanwalt Egon Endres. Damit wollte er letztlich zeigen, wie er es später in einem Kassiber an Endres ausdrückte: „So verhält sich doch keiner, der flüchtig ist“.

Am 28. Juli, in Königsberg, habe er erfahren, daß ihn die Gestapo seit dem 21. Juli suche. Trotz der wohlerwogenen Dosierung von öffentlichen Auftritten übernachtete Braun sicherheitshalber meist in seinem Berliner Ausweichquartier Am Heidehof. In Bad Orb fragte in den ersten Augusttagen die Polizei im Auftrag der Gestapo nach Braun, d.h. diese regelmäßige Zwischenstation war bereits bekannt. Eines Tages tauchte im Berliner Büro eine Dame auf, die sich bei der Sekretärin Vogelsberg auffällig nach Brauns Rückkehr, seiner Tätigkeit und seiner Hilfe für Juden erkundigte. Aennne Vogelsberg stellte sich unwissend.

Am 7. Oktober 1944, in den Mittagsstunden, erschien die Dame erneut; es sei die für die Gestapo arbeitende schwedische Agentin Dagmar Imgart ge-



*Pater Odilo Braun OP (rechts sitzend im hellen Staubmantel)
im Kreis seiner Mitbrüder im Dominikanerkloster St. Paul,
September 1944*

wesen, erfuhr Braun später. Sie hatte ihm einige Tage zuvor einen Brief zukommen lassen, in dem sie ihn unter Berufung auf den damals schon hingerichteten katholischen Geistlichen Josef Metzger um Hilfe zur Rettung eines Menschen bat. Auf der dem Haus gegenüberliegenden Straßenseite postierte sich ein Mann und beobachtete es. Braun schöpfte Verdacht. Während Vogelsberg an der Wohnungstür die Auskunft erteilte, Braun sei nicht zu Hause, schlich er aus dem hinteren Dienstboteneingang hinaus und entwich über das Dachgeschoß in das Nebenhaus, das Dominikaner-Kloster, wartete eine halbe Stunde und verließ es dann.

Braun tauchte nicht wie die anderen unter, sondern fuhr am 11. Oktober nach Fulda zu Dietz und am 25. Oktober nach München zu Faulhaber, „um sie zu informieren, wie sie sich im Falle eines Gestapobesuches verhalten sollten“. Braun hatte die blutdurchtränkte Kleidung eines Gefangenen – wahrscheinlich Delps, die zum Waschen außerhalb des Gefängnisses gegeben worden war –, gesehen. Er wußte, was ihn erwarten würde im Falle einer

Verhaftung. Zu klären war bei diesen beiden Bischofsbesuchen wohl vor allem, was die Bischöfe zu Braun und den übrigen Ausschußmitgliedern, deren Arbeit und Verbindungen im Fall eines Verhörs sagen sollten. Faulhaber war schon am 21. August 1944 verhört worden. Dabei war es um den Besuch Goerdelers gegangen.

Am 25. Oktober 1944 erhielt Braun den ihm nach Bad Wörishofen nachgeschickten Musterungsbefehl. Zwei Tage später begab er sich vom Dominikanerkloster zum Wehrbezirkskommando in der Woyrschstraße. „Obgleich mir die Sache verdächtig vorkam, leistete ich der Vorladung, da es sich um eine militärische Angelegenheit handelte, Folge, merkte aber aus dem Verhalten der bei der Musterung Beteiligten, besonders des Leiters der Musterungskommission, des Majors Voss, daß ich ein besonderer Fall war“. Braun wollte danach gleich zu Preysing, um die Sache mit ihm zu besprechen. Vom Bahnhof Zoo aus beabsichtigte er die S-Bahn zu nehmen. Auf dem Bahnsteig verhaftete ihn ein Gestapo-Beamter. Es war jener Mann, der die Bürowohnung am 7. Oktober beobachtet hatte, ein SS-Scharführer. Nach der Festnahme wurde Braun zur Gestapo-Leitstelle gebracht und dort mehrere Stunden lang vernommen. Als Haftgrund nannte man ihm „Verdacht des versuchten Hochverrats, Organisierung des Widerstandes gegen Klöster-Beschlagnahme“. Am Abend des 27. Oktober, gegen 21 Uhr, wurde er in das Zellengefängnis Lehrterstraße 3 in Moabit eingeliefert. Unmittelbar vor Verlassen der Dienststelle bemerkte er zum Ärger des vernehmenden Beamten, daß auch seine Sekretärin Vogelsberg inzwischen festgenommen worden war und dort verhört wurde.

Vogelsberg war nämlich nach dem 20. Juli mit wichtigen Aufträgen betraut worden: Bei Freya von Moltke sollte sie einen Brief abgeben, von Josef Wirmers Ehefrau Akten holen. Um Siemer zu warnen, fuhr sie sogar nach Schwichteler, die Reise als Hamsterfahrt tarnend. Dort war man eher verängstigt, als sie kam, da Siemer schon flüchtig war.

Am Nachmittag des 27. Oktober kamen zwei Überfallkommandowagen mit 13 Leuten in die Oldenburgerstraße, durchsuchten das Büro Brauns und brachten Vogelsberg in das dem Reichssicherheitshauptamt (RSHA) unterstehende Gefängnis des Polizeipräsidiums am Alexanderplatz. Am nächsten Morgen wurde sie „entlassen“, im Hof sogleich wieder festgenommen und im Auto nach Moabit in die dortige Untersuchungshaftanstalt beim Kriminalgericht in Berlin gebracht. Auch Vogelsbergs Fall trug das Aktenzeichen der Abteilung des RSHA „Sonderausschuß für den 20. Juli 1944“. Bei ihren Ver-

hören in der Prinz-Albrecht-Straße legten die Vernehmenden zur Einschüchterung Pistolen bereit. Nach drei Monaten, am 26. Januar 1945, wurde sie entlassen und kehrte in die Bürowohnung zurück.

Das Gefängnis Lehrterstraße 3, in das Braun gebracht worden war, diente als Militär- und Gestapogefängnis. Die Gefängniswärter standen unter SS-Kontrolle, politisch Internierte oder Zeugen Jehovas waren als Kalfaktoren eingesetzt. Braun unterlag strenger Einzelhaft mit Haftverschärfung, d.h. er hatte Lese- und Rauchverbot und durfte nicht an der Freistunde teilnehmen. Als Glück erschien es ihm daher, daß ein Gefängniswärter, ein sudetendeutscher SS-Mann, „rührend bemüht“ gewesen sei, ihm Erleichterung zu verschaffen. Fortan konnte Braun an der Freistunde teilnehmen. Als Rösch in Moabit eingeliefert wurde, erfuhr Braun dies vom Wärter mit den Worten: „Ich dachte, daß Sie das vielleicht interessieren könnte“.

Braun hatte am 14. Dezember 1944 das für ihn schlimmste Verhör in der Meinekestraße 10, einer Dienststelle des RSHA. SS-Sturmführer Heinz Steffens begann um 9 Uhr morgens und beendete die Torturen am Spätnachmittag. Braun mußte 208 Kniebeugen machen und verlor das Gehör auf dem rechten Ohr. Doch Steffens konnte keinen Erfolg verbuchen. Braun wurde beschimpft als „der Hund, der rumgefahren ist und die Bischöfe aufgehetzt hat“. Steffens habe „seinen ganzen Haß gegen die Pfaffen 'mit Herz und Mund und Händen'“ gezeigt. Braun führte zu seiner Verteidigung an, er wisse nicht, wo König, Rösch und Siemer seien. Er selbst habe sich nicht wie einer verhalten, der auf der Flucht sei. Steffens gab vor, Vogelsberg habe Braun schwer belastet.

Die vermeintlichen Aussagen Vogelsbergs beunruhigten Braun tatsächlich. Er ließ sich später über Elisabeth Galandi vermittelt, von der inzwischen entlassenen Vogelsberg in einem Kassiber beschreiben, welche Aussagen sie konkret gemacht hatte. Vogelsberg hatte versucht, möglichst allgemein zu antworten oder sich unwissend zu stellen, so über eine weitere Berliner Unterkunft Brauns, seine Reiseziele und sogar hinsichtlich des Namens von Rechtsanwalt Endres. Sie stritt zwar ab, Wirmer zu kennen, gab aber zu, nach dessen Tod, also nach dem 8. September 1944, Akten bei seiner Gattin für Siemer abgeholt zu haben. Angesichts der Tatsache, daß Siemer dann am 17. September geflohen war, eine höchst gefährdende Aussage. Ihr Verhältnis zu Braun bezeichnete sie bewußt als extrem schlecht. Bei der Frage, was an „Geheimnisvollem“ in der Wohnung gewesen sei, berichtete sie ungeschickt vom Besuch der „Dame, die sehr geheimnisvoll tat“ und für Braun einen Brief ab-

gegeben habe. Braun habe ihn gelesen. Die Vernehmenden folgerten zutreffend: „Und dann hat er fluchtartig das Weite gesucht“. Vogelsberg antwortete ausweichend, er hätte verreisen müssen. Ihre Reise nach Schwichteler, nach der sie auch gefragt wurde, habe zum Hamstern gedient. Sie sei nicht nach einzelnen Namen befragt worden.

Für Braun war die Auskunft seiner Sekretärin niederschmetternd. Seinem Freund, Rechtsanwalt Endres, schrieb er, sie scheine „ganz durchgedreht zu sein“. Sie habe es sehr gut machen wollen, aber „Blödsinn“ gemacht. Sie habe nicht einmal gewußt, mit welchem Rechtsanwalt Braun gearbeitet habe. Inzwischen sei Rösch ebenfalls in der Lehrterstraße und vernommen worden. Bei Braun rühre sich aber nichts, man habe ihn wohl auf Eis gelegt. Rösch habe ihn wissen lassen, Braun sei „völlig entlastet“ und werde bald entlassen. Zwischen Braun, Rösch und Delp wurden Kassiber weitergeleitet, so daß sie sich gegenseitig über den Stand der Dinge unterrichten und ihre Aussagen abstimmen konnten. Braun schilderte später, er habe im Gefängnis den „Verrückten“ gespielt. Auch die Vernehmenden sollten den Eindruck gewinnen, „er habe es nicht ganz“. Schon früher sei er ein vorzüglicher Schauspieler gewesen, so sein Freund Bauer.

Nach dem Krieg beschrieb er, wie er diese belastende Zeit zu überstehen suchte, so mit Betrachtungen zu den Kreuzwegstationen. Entscheidend für Braun und die Mitgefangenen aber wurde, daß ihm durch Elisabeth Galandi, die seine Wäsche versorgte und Essen brachte, konsekrierte und nicht konsekrierte Hostien und Meßwein in das Gefängnis geschmuggelt wurden. Braun konnte in der Zelle die Messe feiern und Mitgefangenen „durch zwei Kalfaktoren, die nicht zu unserm Kreis gehörten – es waren ein Jude und ein Bibelforscher“ die Kommunion auf die Zellen tragen lassen. Während des Rundgangs in der Freistunde suchten die Gefangenen danach, bei Braun zu beichten und die Absolution zu erlangen, für Braun waren diese seelsorgerischen Dienste „wirkliche Priesterfreude“.

Am 12. Februar 1945 wurde Braun entlassen. Er wohnte wiederum bei Elisabeth Galandi, war aber auch regelmäßig in der Oldenburgerstraße im Büro und Konvent in Moabit. Er machte auf andere einen elenden Eindruck. Über Delps Tod sei er „sehr erschüttert“ gewesen. Doch Braun wuchsen neue Aufgaben zu, den im Gefängnis einsitzenden Freunden zu helfen. Einer von ihnen war Rösch, der erst im April die Freiheit erlangte.

Der 20. Juli 1944 besiegelte im Grunde genommen auch das Ende des „Ausschusses für Ordensangelegenheiten“ durch Flucht und Untertauchen

Siemers und Königs, durch Gefängnishaft Brauns und Röschs und durch den bis heute ungeklärten Unfalltod Angermaiers im März 1945 in Berlin.

6. Brauns Engagement nach 1945

Nach dem Krieg lebte der Ordensausschuß, gebildet zur Abwehr des Klostersturms, aber letztlich bemüht, den Episkopat zur Verteidigung der Menschenrechte zu drängen, nicht mehr auf. Den Titel als Generalsekretär der Superioren-Vereinigung und der Arbeitsgemeinschaft katholischer Missionsschwestern Deutschlands führte Braun unmittelbar nach dem Krieg noch, doch wurde von der westdeutschen Superioren-Vereinigung 1946 ein neuer Generalsekretär ernannt.

Von 1945 bis 1958 war Braun als Gefängnisseelsorger in Berlin zuständig für Straf- und Untersuchungshäftlinge. Preysing bat Braun um diesen Seelsorgsdienst, den der Dominikaner unkonventionell erledigte. In leerstehende Wohnungen vermittelte er Obdachlose, besorgte Kleidung, Wäsche, Lebensmittel. Braun ging es um das praktische christliche Handeln. Es werde, so Braun in einem Brief an Rösch vier Jahre nach Kriegsende, organisiert, geredet, gereist, gegründet und theoretisiert, aber man finde nicht zur Tat und zur Einzelhilfe.

Von den Alliierten wurde Braun als Vorsitzender in vier Entnazifizierungskommissionen berufen, denen er von 1946 bis 1948 vorsah. Der Berliner Kardinal Preysing hatte Braun auch hierfür vorgeschlagen. Diese Aufgabe blieb Braun bedrückend in Erinnerung. Lüge, Verleumdung, Intrigen, Haß, Neid, Unverschämtheit bis zur Bedrohung seien ihm dort begegnet. Er habe aber manchem, der „das Opfer der Gemeinheit werden sollte“, helfen können. Nachdem er seine Kommissionstätigkeit schon beendet hatte, sei er in Ost-Zeitungen weiterhin verunglimpft worden. Er habe Erfahrungen sammeln und Einblicke gewinnen können in die unterschiedlichen Partei-Zugehörigkeiten und auch über wirklichen oder nur vorgeschobenen Widerstand, der in den Entnazifizierungs-Verhandlungen eingebracht wurde. Aus dieser Zeit rührten Brauns prägende Kategorisierungen von Widerstand. Unmenschlichkeit und grausige Barbarei habe den Widerstand herausgefordert, der das Böse beseitigen und den Weg für Güte und Menschlichkeit bereiten wollte. Es sei aber nicht Widerstand, sondern „Bekämpfung eines unbequemen Konkurrenten“, wenn man Widerstand leiste, um selbst ungestraft Böses zu tun. Der

Dominikaner sprach damit Kommunisten die Berechtigung ab, ihr Handeln als Widerstand zu bezeichnen. Brauns vehemente und erfolgreiche Verhinderung der geplanten Rede des Fraktionsvorsitzenden der SPD, Herbert Wehner, bei den Feiern am 20. Juli in Berlin im Jahre 1978, findet vor allem durch diese Nachkriegserlebnisse in den Kommissionen eine tiefere Erklärung.

Ähnlich wie Siemer im Kölner Raum dürfte sich auch Braun im Vorfeld an der Gründung der Berliner Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDUD) beteiligt haben. Brauns enger Freund Heinrich Krone und die Widerständler Andreas Hermes, Paulus van Husen, Jakob Kaiser, Hans Lukaschek und Theodor Steltzer sammelten sich hier. In dieser Vorphase referierte Braun über die „Christlich-Soziale Volkspartei Deutschlands“. Das Hitler-Regime habe auf Lüge aufgebaut und schließlich zu Gewaltherrschaft und blutiger Diktatur gegriffen. „Wer nicht das Recht als etwas Heiliges und Unantastbares achtet, der mißachtet auch die Rechte der Menschen“. Aufbauarbeit müßte damit beginnen, dem Menschen seine Würde zurückzugeben und ihm dazu zu verhelfen, sich selbst gegenüber wahrhaftig zu sein. Individuelle Schuld müßte nachgewiesen werden. Jede „Verfolgung oder Benachteiligung irgend einer Klasse oder eines Standes genau wie die einer Rasse“ lehnte Braun ab. Er umschrieb damit eigentlich eine pastorale Konzeption gesellschaftspolitischen Engagements, die in Berlin umso härter auf die politischen Parteikämpfe traf. Wie Siemer dürfte auch Braun lediglich in der Vorphase zur Sammlung der neu zu gründenden christlichen Partei beigetragen, ausgesprochen parteipolitisches Engagement aber kaum gezeigt haben.

Das breit gefächerte Netz von Freunden und Bekannten aus dem Widerstand und den Parteien CDU/CSU, hier vor allem Heinrich Krone in Bonn und „Ochsensepp“ Josef Müller in München, blieb tragend für Braun und wurde noch erweitert – bzw. überschchnitt sich – durch seine 1953 erfolgte Aufnahme in den Altherrenverband der Katholischen Akademischen Verbindung „Suevia“ im Cartell-Verband zu Berlin und als Bandphilister der Katholischen Deutschen Studentenvereinigung „Niedersachsen“ im CV zu Braunschweig. Dieses Netz sollte seine Tragfähigkeit immer dann erweisen, wenn bei schwierigen Fällen interessanterweise der Dominikanerpater Braun Lösungen herbeizuführen suchte, mochte es sich um einen Chefredakteur einer Rundfunkanstalt oder um einen Chefredakteur einer Zeitschrift handeln, denen er zu adäquaten Positionen verhelfen sollte.

Nach langer Krankheit und Kur folgte zwischen 1950 und 1953 die Seelsorgsarbeit beim Katholischen Notwerk Berlin, das in der Hauptberatungs-

stelle Berlin-Marienfelde die aus der Sowjetisch Besetzten Zone kommenden Menschen betreute. 1953 wurde Braun als Lagerpfarrer im Flüchtlingslager Berlin tätig und beteiligte sich am Aufbau des Dominikanerklosters in Braunschweig. Diesem Konvent gehörte Braun bis zu seinem Tod an. Der Bischof von Hildesheim, Heinrich Maria Janssen, berief den Dominikaner Mitte 1960 für die Seelsorge im Notaufnahmelager Uelzen, wo Braun bis 1964 seinen Dienst versah. In Holxen bei Suderburg errichtete er eine Pfarrvikarie; Braun trug den Titel Pastor. Daneben war er als Bewährungshelfer tätig.

1976 baute er sein „Haus des neuen Anfangs“ in Groß Schwülper im Kreis Gifhorn mit Mitteln aus seiner Haft-Entschädigung und aus Spendengeldern. Er verbrachte dort seinen Lebensabend und überschrieb das Haus der „Cura“, einer Braunschweiger Institution für Straffälligenhilfe, die den Erlös aus dem Verkauf für ihre Arbeiten einsetzte.

Als einer der Überlebenden konnte Braun nach 1945 bis zu seinem Tod 1981 die Selbstinterpretation des eigenen Verhaltens und des Einsatzes der ihm persönlich bekannten Männer und Frauen aus dem Widerstand vornehmen. Daraus entwickelte sich eine Eigendynamik, an deren Ende die Verchristlichung des Widerstandes als letzte Interpretationsstufe steht. Anders als Rösch stritt Braun nie explizit ab, etwas vom Attentat gewußt zu haben. Er betonte zwar, davon erst am Abend des 20. Juli 1944 erfahren zu haben, wies aber andererseits darauf hin, „selbst damit in so ganz engem Zusammenhang“ gestanden zu haben. Seine Beteiligung an einer Denkschrift, die die Ausschaltung Hitlers durch die Generalität vorsah, nannte er eigens, so daß er durchaus in – wie Rösch es bezeichnete – „politische Machinationen“ verstrickt war. Braun diskutierte nicht die komplizierte moraltheologische Frage der Berechtigung des „Tyrannenmords“ oder die Frage des „Fahneneids“, sondern argumentierte bei Vorwürfen gegen die Attentäter, indem er deren Motive zu erläutern suchte und hierbei letztlich die eigenen Motive seines Widerstands auch als Interpretation für die anderen wählte.

Als Motiv für den Widerstand gegen „das himmelschreiende Unrecht, das im nationalsozialistischen Staat amtlich und offiziell befohlen, organisiert und auch wirklich begangen wurde“, nannte Braun 1951 die Ehre und den Willen Gottes als höchstes Gesetz für den Gläubigen. So sei es „zwangsläufig zum 'Widerstand aus dem Glauben'“ gekommen. Auch die Liebe zum deutschen Volk und die Sorge, das Volk radriere sich selbst aus der Reihe der Kulturvölker aus, „in denen der Wille eines ewigen Gottes und die gottgewollte Würde des Menschen noch anerkannt“ würden, zählte er zu den Motiven.

Von 1968 bis 1981 zählte Braun als Mitglied zum Kuratorium der Stiftung „Hilfswerk 20. Juli 1944“. Braun war es, der mit den Angehörigen und Überlebenden des 20. Juli 1944 sich zuerst zu Gebeten, später zu Gottesdiensten in Plötzensee zusammenfand. Von den Predigten Brauns ging zweifelsohne eine besondere Wirkung aus, weil er als einer sprach, der in der Lehrter Straße im Gefängnis eingesessen hatte und mit etlichen der vor oder nach dem 20. Juli 1944 verhafteten Männer als Priester in der von ihnen so empfundenen Schicksals-, Gebets- und Kommuniongemeinschaft vereint war. Den Angehörigen war er Mittler des Heils für die Hingerichteten durch die Spendung der Absolution und Kommunion und ein Zeuge dafür, „wie sie in den letzten Wochen und Monaten ihres Lebens über alles Menschliche, oft allzu Menschliche hinausgewachsen“ seien.

Den Gottesdiensten der Gedenkfeiern kam eine zentrale Bedeutung zu. Da der Kreis der Geladenen jedoch konfessionell verschieden war, ergab sich die mißliche Lage, daß zwei Gottesdienste getrennt gefeiert wurden, höchstens eine gemeinsame Andacht zuvor stattfand. Am 20. Juli 1969 aber wurde erstmals ein „ökumenischer eucharistischer Gottesdienst“ begangen. „Wir tun es darum, weil wir uns immer dessen bewußt sind, daß diejenigen, die hier an dieser Stätte ihr Leben beendeten, als Brüder eines großen heiligen Glaubens in inniger Gemeinschaft gestorben sind“, so die Erläuterung für den Schritt. Diese und weitere Feiern der Folgejahre lösten eine unglückliche Kontroverse mit dem Bischöflichen Ordinariat Berlin und dem Berliner Kardinal Bengsch aus, in deren Verlauf es sogar 1972 zum Verbot der geplanten „Evangelisch-Katholischen Abendmahlfeier in der Hinrichtungsstätte Plötzensee“ kam. Das Ordinariat fürchtete um „Interkommunion“ und „Interzelebration“. Braun erklärte dem Generalvikar, er sei „in liturgischen Dingen eher reaktionär als progressiv“ und bekräftigte, es habe keine Interkommunion stattgefunden. Die ganze Empörung Brauns über die Verbote des Berliner Generalvikars entlud sich Anfang 1973 in einem mehrseitigen Schreiben an Bengsch.

Seitdem der Dominikanerpater ab 1941 in Zivilkleidung, konspirativ arbeitend und in Verstecken außerhalb des Klosters wohnend, als vertrauter Mitarbeiter der Bischöfe Preysing und Dietz eingeweiht in zentrale kirchenpolitische Fragen, schließlich im Gefängnis einsitzend, die Möglichkeit, die Notwendigkeit oder den Zwang der zeitweisen Aussetzung der Ordensregeln gelebt hatte, konnte er sich auch nach 1945 in bezug auf Gehorsam und Armut nicht immer fügen. Braun zog aus seiner Widerstandstätigkeit die Konsequenz, „die Dinge beim rechten Namen zu nennen; es sei gelegen oder un-

gelegen. Ein Übrigbleiben verpflichtet“. Dabei unterlag er nicht selten der Versuchung, weil er historisch gesehen mit seiner Ablehnung des Nationalsozialismus einmal im Recht gewesen war, auch bei ganz anderen Problemen zu meinen, im Recht zu sein. Die Art, wie er seine Meinung vortrug und verteidigte, verletzte nicht wenige. Odilo Braun war auch schwierig. Er war emotional. Das war seine Schwäche. Gott sei Dank. Denn so rührte ihn tatsächlich die Not anderer an, auch in einer Zeit, in der viele wegschauten oder kirchenrechtliche oder theologische Konstruktionen zum Schweigen und Unterlassen einer möglichen Hilfe bemühten. In seiner Danksagung anlässlich seines 70. Geburtstags sah Braun in den Bekundungen des Verbundenseins mit ihm „die Bestätigung und Würdigung eines Lebens im Dienste am Nächsten“. Die, die ihn kannten, wissen, daß dies nicht eine zur Formel erstarrte Beschreibung des priesterlichen Dienstes war. Wie wenige nur hatte er sich für die Menschenwürde Verfolgter eingesetzt – gegen eine Mauer bischöflichen Schweigens.